

**Budgetrede 2017**  
**Gehalten am Mittwoch, den 12. Oktober 2016**

**Vertrauen ist die wichtigste Währung.**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

---

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Frau Präsident!

Hohes Haus!

Werte Regierungskolleginnen und –kollegen!

Und vor allem: sehr geehrte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

Worte zahlen keine Schulden.

Nur Handeln bringt Ergebnisse.

Für den Finanzminister heißt das:

Energisch und konsequent über den sorgsam, disziplinierten Umgang mit jedem Steuer-Euro wachen. Entschlossen für die Beseitigung von Flurschäden der Vergangenheit kämpfen. Vorsorglich das finanzielle Fundament für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes legen.

Volkstümlich ausgedrückt:

Runter mit den Schulden, runter mit den Ausgaben, runter mit den Steuern.

Diesen Weg habe ich bei meiner ersten Budgetrede im Vorjahr eingeschlagen, und diesen Weg gehe ich unbeirrbar weiter.

Ein Budget einzuhalten, das heißt Linie halten und für uns Politiker: Wort halten!

Denn das Budget schultert nicht das Hohe Haus, sondern das tragen die 8,6 Millionen Österreicherinnen und Österreicher. Darum ist ein Budget nicht nur eine Rechen- sondern auch eine Zukunftsaufgabe.

Die Mühen der Ebene sind groß, aber wir haben erste Erfolge zu vermelden:

- Der Schuldenstand der Republik reduziert sich dank des Schlusspunkts im unrühmlichen Hypo-Alpe-Adria-Kapitel.

- Die Ausgaben des Bundes reduzieren sich dank disziplinierter Vorgangsweise und der gesetzlich vereinbarten Schuldenbremse.
- Die Steuerreform hat ihre Wirkung entfaltet und die Lohnnebenkosten konnten ebenfalls gesenkt werden.
- Österreich arbeitet sich bei internationalen Rankings wieder nach oben, an die Spitze. Beispiele dafür: Beim Ranking des World Economic Forum (WEF) verbesserte sich Österreich von Platz 23 auf Platz 19, beim Ranking des Schweizer IMD-Instituts von Platz 26 auf Platz 24 und beim Innovation Scoreboard der EU-Kommission von Platz 11 auf Platz 10.

Das ist erfreulich. Aber es ist nur ein Anfang. Es geht noch nicht weit genug.

Wir alle wissen, wohin die Reise gehen muss.

Das Ziel ist:

Ein Budget ohne neue Schulden.

Ein Budget, das Überschüsse produziert und jene Spielräume schafft, die wir für eine aktive Budgetpolitik, für neue Investitionen brauchen.

Ich sage ganz ehrlich: Dieses Budget hätte ich Ihnen nur allzu gerne heute präsentiert. Doch einerseits hat uns die Flüchtlingsbewegung den Spielraum genommen, den uns niedrige Zinsen, niedrige Inflation und niedrige Energiepreise eigentlich verschafft haben. Zum anderen müssen und wollen wir dem Wunsch einer Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger entsprechen und zusätzlich in die Sicherheit unseres schönen Landes investieren.

Österreich muss auch in Zukunft ein sicheres Land bleiben!

Meine Damen und Herren!

Auch in der Finanzpolitik geht es nicht nur um Zahlen, sondern vor allem um Psychologie.

Und das heißt: um Vertrauen.

Gefragt ist deshalb gerade jetzt eine besonders rationale, unaufgeregte und lösungsorientierte Politik. Die dort die richtigen Handlungen setzt, wo Populisten die Menschen immer weiter verunsichern wollen. Eine Politik, die das Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher verdient.

Kernstück einer solchen Politik ist das Budget.

Ein gutes Budget hat drei Eigenschaften:

Es ist sparsam.

Es ist zukunftsorientiert.

Und es hält.

Das sind meine drei Leitlinien für den Bundeshaushalt 2017.

Ein Budget zu erstellen, das ist Zukunft gestalten.

Es ist aber auch ein Abbauen der Lasten aus der Vergangenheit.

Ich habe viel Unangenehmes geerbt – von der viel zu hohen Schuldenquote über die gravierenden Folgen des Hypo-Debakels bis hin zu gestalterischen Versäumnissen, die einen Bürokratiewust, veraltete Steuergesetze und Unmut bei Bürgerinnen und Bürgern verursacht haben. Auch unterlassene Handlungen lösen eine Lawine von Folgen aus.

Wenn wir Österreich voranbringen wollen, dann ist es hoch an der Zeit für mutiges Handeln. Dafür habe ich Schritte gesetzt, die gewirkt haben.

Wichtige Schritte.

Spürbare Schritte.

Wir sind noch längst nicht am Ziel, aber bereits auf einem erfolgreichen Weg.

Erfolg besteht nämlich nicht in der Länge des ersten Schrittes, sondern beginnt mit dem Schritt in die richtige Richtung. Und den haben wir gemacht.

Dabei geht es zuallererst um das Vertrauen zwischen dem Staat und dem einzelnen Bürger, der einzelnen Bürgerin.

Wir haben, wie versprochen, eine Steuerreform durchgeführt, die den Konsum angekurbelt hat. Der nächste Schritt muss die Abschaffung der kalten Progression, der schleichenden Steuererhöhung, sein. Und zwar – darauf lege ich großen Wert – für alle Steuergruppen. Allen Begehrlichkeiten, durch eine Beschränkung dieser Maßnahme auf die unteren Einkommensgruppen die Umverteilung voranzutreiben, werde ich entgegentreten!

Die gesamtstaatlichen Sozialausgaben sind von rund 55 Milliarden Euro 2005 auf rund 79 Milliarden Euro 2015 gestiegen, also um 44,4 Prozent binnen 10 Jahren.

Das ist dem Fleiß und der Steuermoral der Österreicherinnen und Österreicher zu verdanken! Sie ermöglichen diesen sozialen Ausgleich trotz der im internationalen Vergleich hohen Abgabenquote. Ihre Bereitschaft zur Solidarität darf nicht überstrapaziert werden.

Auch hier heißt es: Das richtige Maß schafft Vertrauen.

Nicht weniger wichtig ist das Vertrauen der Wirtschaft zum Staat. Nur wenn diese Beziehung ungetrübt ist, wird investiert, wird expandiert, werden Arbeitsplätze geschaffen.

Der Wirtschaft hilft unser erster Schritt bei der Senkung der Lohnnebenkosten: Immerhin 1 Milliarde Euro macht diese erste – und ich sage ganz bewusst: erste – Entlastung der Unternehmen aus.

Was die Wirtschaft aber vor allem braucht: Planungssicherheit.

Wir dürfen nicht durch neue Steuerideen, die womöglich auch noch Investitionen belasten, Verunsicherung schaffen. Denn das gefährdet Vertrauen. Das beeinträchtigt die für jedes Unternehmen notwendige Zukunftsplanung. Wir müssen uns bei manchen Unternehmergruppen ohnehin für Fehler in der Vergangenheit entschuldigen, mit denen wir ihnen die Sicherheit, ihre Zukunft zu planen, genommen haben. Ein derartiger Umgang mit der Wirtschaft ist schädlich für das Vertrauensklima.

Um Vertrauen geht es auch zwischen dem Staat und dem Bankensektor: Dieses Verhältnis ist von entscheidender Bedeutung für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung.

Deshalb ist der Schritt, die Bankenabgabe deutlich zu reduzieren, immens wichtig. Die österreichischen Banken gewinnen damit wieder an Wettbewerbsfähigkeit und erhalten genug Handlungsspielraum zurück, um der Wirtschaft die nötigen Finanzierungen für Investitionen bereitzustellen. Österreich ist damit auch wieder in die europäische Normalität zurückgekehrt. Aber ich werde darüber wachen, dass die Banken Kredite auch wirklich vergeben und neue innovative Finanzierungsmöglichkeiten schaffen, damit der Blutkreislauf der Wirtschaft nicht ins Stocken gerät.

Für die Banken ist diese Reduktion der Abgabe nur ein erster Schritt.

Sie selbst sind jetzt zum Setzen weiterer Maßnahmen aufgefordert und müssen sich neu organisieren, damit die Profitabilität steigt und der Kreditsektor schockresistenter wird.

Und schließlich geht es in einer international vernetzten Wirtschaft auch um das Vertrauen zwischen den internationalen Märkten und unserem Land. Für das Ansehen und die Stellung Österreichs als Kapitalmarkt habe ich die notwendigen Schritte bei der Altlast der ehemaligen Hypo-Alpe-Adria gesetzt.

Die HETA-Lösung bringt dieses schwierige und schmerzhaftes Kapitel endlich zu einem Abschluss. Ein Kapitel, das ich von einem Herrn geerbt habe, mit dem ich mir nur meinen zweiten Vornamen teile.

Mit harter Arbeit ist es gelungen: Das Thema HETA ist ein für alle Mal vom Tisch. Mit dem nunmehr angenommenen Rückkaufangebot haben wir für den Kapitalmarkt ein wichtiges Zeichen gesetzt: Österreich ist ein verlässlicher Partner. Wir haben unseren guten Ruf wiederhergestellt.

Den professionellen Zweiflern sei gesagt:

Wir haben dadurch massiven und nachhaltigen Schaden von Österreich abgewendet. Und wir haben den Kapitalmarktzugang für Banken, Länder und Gemeinden sowie für viele größere Unternehmen - insbesondere in Kärnten - wieder normalisiert.

Wir vermeiden so Klagen gegen den Bund, das Land Kärnten und die HETA – die insgesamt einen Streitwert von zusammengezehlt 16 Milliarden Euro betragen hätten. Alleine die Rechts- und Beratungskosten hätten einen dreistelligen Millionenbetrag und einen schweren Schlag für den Kapitalmarkt bedeutet. Das abgewendet zu haben, ist verantwortungsvolle Politik, wie ich sie verstehe.

Zusammen mit dem Generalvergleich mit dem Freistaat Bayern kann somit ein weitgehender Rechtsfriede geschlossen werden, der Stabilität und Verlässlichkeit wieder hergestellt hat.

So etwas wie die Hypo Alpe Adria darf niemals wieder passieren.

Was mir daher besonders wichtig ist: Wir haben daraus gelernt. Und wir werden auch entsprechend handeln.

Die Regeln der Finanzmarktaufsicht (FMA) sind deutlich verschärft worden, die europäische Bankenunion schafft ein einheitliches Regelwerk. An einer Reform der Finanzmarktaufsicht arbeiten wir bereits, um jene Fehler, die der heutige Bericht des Untersuchungsausschusses aufzeigt, in Zukunft zu vermeiden.

In den noch laufenden Finanzausgleichsverhandlungen planen wir, die Haftungsobergrenzen der Länder zu vereinheitlichen und ein einheitliches Spekulationsverbot umzusetzen. Wir stehen dabei in intensiver Diskussion, von den Ländern gibt es bereits positive Signale.

Damit sind auch hier die richtigen Schritte gesetzt.

Erste Schritte sind wichtig. Aber noch wichtiger ist, nicht stehen zu bleiben.

Weiterzugehen, und zwar in die richtige Richtung.

### **Keine neuen Schulden**

Es ist noch ein weiter Weg hin zu einem Haushalt, der mit seinen Einnahmen auskommt.

Zu einem Haushalt, der seinen Bürgerinnen und Bürgern keine neuen Schulden aufbürdet.

Einem Haushalt, der in guten Zeiten Überschüsse produziert, um für schwächere Perioden gerüstet zu sein.

Das ist ein realistisches Ziel, das ich unbedingt erreichen möchte.

Wir sind auf einem guten Weg dorthin.

Unser Staatshaushalt krankt an einem Ausgabenproblem. Wir geben zu viel aus. Und zwar vorwiegend für die Vergangenheit statt für Investitionen in die Zukunft.

Sowohl internationale Organisationen wie die OECD, der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Europäische Kommission (EK) als auch nationale Institutionen wie das WIFO, das IHS und vor allem der Rechnungshof mahnen die

notwendigen Reformen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Bildung und Effizienz in der Verwaltung ein.

Sorgsam mit jedem einzelnen Steuer-Euro umzugehen heißt, mehr Geld für Zukunftsinvestitionen übrig zu haben. Ich will daher einen Bereich nach dem anderen einer analytischen Untersuchung unterziehen. Genauso, wie das jede Unternehmerin, jeder Unternehmer ganz selbstverständlich macht.

Da geht es um Fakten und nicht um populistische Aussagen, mit denen auch viele Interessensgruppen verhindern, dass die Qualität der öffentlichen Ausgaben verbessert wird und wir an den richtigen Schrauben drehen können.

Das Instrument der „Spending Reviews“, also einer Ausgabenanalyse, die die Wirksamkeit und Notwendigkeit der einzelnen Ausgaben überprüft, hat sich international bereits bestens bewährt. Was funktioniert, sollte man aufgreifen. Alle sollten diese Ausgabenanalysen als neuen Standard einführen.

Sowohl die Aufgaben als auch die Ausgaben der einzelnen Bereiche werden auf folgende Kriterien untersucht:

Sind sie zeitgemäß?

Sind sie notwendig?

Bringen sie die gewünschten Resultate?

Wo gibt es sinnvolle Ansatzpunkte für Verbesserungen?

Wo können Aufgaben am besten erbracht werden?

Die daraus resultierenden Empfehlungen werden und müssen dann in den Budgetprozess einfließen.

In meinem Haus laufen bereits zwei Pilotprojekte dazu. Ich fordere, dass alle - meine Regierungskolleginnen und -kollegen, die Länder und die Gemeinden - diesem Beispiel folgen. Dieses Instrument wird ihre finanziellen Spielräume erheblich vergrößern, ohne dass immer gleich der Ruf nach neuem Geld laut werden muss. Natürlich ist es bequem, bei jeder neuen Aufgabe, die sich uns stellt, gleich einmal zusätzliches Steuergeld zu verlangen. Natürlich ist es einfach zu sagen: „Ich habe ein Problem, gib mir mehr Geld.“

Das ist der übliche Reflex.

Das ist aber keine Politik! Geld alleine löst keine Strukturprobleme und teuer ist nicht immer gut.

Alle verantwortungsvollen Politiker sind gefordert, immer wieder zu überprüfen, ob sie in ihrem Bereich immer noch das Richtige, das Notwendige tun, ob nicht mancherlei bereits überholt, aber immer noch teuer ist.

Das ist gestalten.

Das bedeutet verantwortungsvoll handeln.

Das ist sorgsam wirtschaften.

So können wir unseren Haushalt in Ordnung bringen, so können wir sinnvolle Einsparungen vornehmen, so können wir die nächsten wichtigen Schritte in Richtung eines modernen Österreichs setzen.

Das braucht keine großen Worte. Davon werden ohnehin zu viele gemacht. Und Worte, das wusste schon Shakespeare, Worte zahlen keine Schulden. Vergessen Sie nicht: Die Politiker machen die Schulden, aber die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen sie zurückzahlen. Und aus der Vergangenheit wissen wir: Die Schulden von heute sind die Steuern und Belastungen von morgen!

### **Umsetzen statt ankündigen**

Wir brauchen entschlossene Schritte vorwärts.

Wir brauchen konkrete Verbesserungen.

Und wir brauchen Mut.

Mut – das steht für „M“ wie Machen. „U“ wie Umsetzen. „T“ wie Tun.

Meine Damen und Herren!

Unsere sorgfältige Budgetpolitik, die das Wachstum fördert und den Haushalt nachhaltig in Ordnung bringt, bewährt sich besonders in den Krisensituationen, die seit 2008 unablässig über uns hereinbrechen.



Nach der Banken- und der Schuldenkrise mit ihren langfristigen Ausläufern kamen die geopolitischen Herausforderungen, - von der Ukraine-Krise, den Russland-Sanktionen über die Massenmigration bis hin zum Brexit.

Aber: auch in der Budgetpolitik gilt der triviale Satz: Keine Krise ohne Chance. Auch wenn die Folgen des Brexit noch nicht absehbar sind, müssen wir jede Chance nutzen, aus Großbritannien abwandernde Institutionen und Konzerne von den Standortvorteilen unseres Landes zu überzeugen. Der Außenminister und ich haben uns dieser Aufgabe gestellt und wir haben gute Chancen auf Erfolg.

Allerdings wird der Austritt Großbritanniens möglicherweise auch mittelfristige Auswirkungen auf das Budget der EU und der Mitgliedstaaten haben, denn wir verlieren einen Nettozahler. Und falls diese Lücke nicht aufgefüllt werden kann, hat das möglicherweise Auswirkungen auf die Strukturfonds. Ich bin aber nicht bereit, diese Lücke aus zusätzlichem österreichischem Steuergeld zu füllen - darauf muss sich die Europäische Kommission einstellen!

So sehr mir Europa am Herzen liegt: Ich bin der Finanzminister Österreichs, und als solcher werde ich in Brüssel dasselbe vertreten wie hier: Österreich wird nicht die Zeche für das Rosinenpicken anderer Länder zahlen. Dieselbe unbeugsame Haltung erwarte ich mir von allen meinen Regierungskolleginnen und -kollegen. Die Österreicherinnen und Österreicher müssen darauf vertrauen können, dass ihre Politiker für sie eintreten!

Womit ich einmal mehr bei der Frage des Vertrauens wäre.

Wir sind stolz darauf, mit welchem Respekt uns Investoren auf der ganzen Welt begegnen: Österreich verfügt weiterhin über eine sehr hohe Bonität (AAA von DBRS bzw. AA+ von S&P und Fitch sowie Aa1 von Moody's – alle mit stabilem Ausblick). Dennoch sehe ich die Verpflichtung alles daran zu setzen, das Triple A wieder zurückzugewinnen:

Denn das zweitbeste Rating ist gut, unser Ziel muss aber das beste Rating sein! Das gelingt durch Fortsetzung des Konsolidierungspfades, eine weitere Reduktion der Schulden und eine Umsetzung der längst überfälligen Reformen.

Unsere bisherigen Anstrengungen des sorgsam und disziplinierten Haushaltens werden belohnt. Gleichzeitig wird aber auch erwartet, dass wir Kurs halten und die notwendigen Reformen angehen.

Verspielen wir dieses Vertrauen nicht!

### **Strukturelles Nulldefizit auch 2017**

Wenden wir uns nun dem nächsten Jahr zu. Die Kennzahlen dazu im Detail sind: Mit Einnahmen von 73,16 Milliarden Euro und Ausgaben von 77,46 Milliarden Euro stehen die Eckdaten des Bundeshaushalts 2017 fest.

Das strukturelle Defizit von 0,5 Prozent ist mir zwar nicht ambitioniert genug, aber mehr hat sich wegen der bereits angesprochenen Sondereffekte nicht umsetzen lassen.

Dennoch bleibe ich dabei:

Die schwarze Null ist mein eigentliches Ziel.

Das ist optimistisch.

Als Optimist gilt man in unserem Land oft als blind. Als einer, der die Schwierigkeiten nur noch nicht wahrgenommen hat.

Als Unternehmer weiß ich aber, wie wichtig realistischer Optimismus ist, wenn man weiterkommen will: Er treibt an, Lösungen für die bestehenden Schwierigkeiten und Probleme zu finden.

Zum dritten Mal haben wir ein strukturelles Nulldefizit erreicht. Positiv ist dabei, dass es gelungen ist, die Neuverschuldung gegenüber 2016 um ein Drittel zu verringern.

Das Maastricht-Defizit liegt bei guten 1,2 Prozent.

Und unsere an sich viel zu hohe Schuldenquote setzt ihren kontinuierlichen Abwärtstrend fort und wird 2017 80,9 Prozent betragen. Auch wenn es bei dieser Quote nichts zu beschönigen gibt, wird sie doch um 2,3 Prozentpunkte geringer sein als heuer.

Meine Damen und Herren!

Im Jahr 2011 hat das österreichische Parlament zu Recht eine Schuldenbremse beschlossen – mit dem Ziel, strukturelle Defizite und damit die Verschuldung des Staatshaushalts überhaupt zu begrenzen.

Ab dem nächsten Jahr, dem hier besprochenen Haushaltsjahr, dürfte das strukturelle Defizit nur mehr höchstens 0,35 Prozent des BIP betragen.

Dieses Ziel wird mit dem vorgelegten Budget um rund 2 Milliarden Euro verfehlt. Es ist daher notwendig, diesen Betrag auf ein Korrekturkonto zu buchen. In den folgenden Jahren muss diese Lücke wieder geschlossen werden.

Das wiederum heißt, dass ein etwaiges Defizit 2018 nur 0,29 Prozent, 2019 nur 0,21 Prozent und 2020 nur 0,05 Prozent betragen darf.

Das Gesetz sieht vor, dass sofort geeignete Maßnahmen vorzuschlagen sind, um dieses Korrekturkonto wieder auf Null zu stellen.

Wir sind daher gefordert, im Bundesfinanzrahmen, der dem Parlament bereits im April zugeleitet wird, entsprechend zu reagieren.

### **Krisenfest geplant**

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die wichtigsten Kennzahlen zeigen, dass sich unser Haushalt in die richtige Richtung entwickelt.

Die budgetierten Auszahlungen liegen um 827 Millionen Euro unter jenen des Jahres 2016 und deutlich unter unseren Planungen vom Frühjahr. Das ist kein Aufruf, sich zurückzulehnen - im Gegenteil! Jetzt ist es an der Zeit, entschlossen die nächsten Schritte zu setzen, die uns zur schwarzen Null und dann in die schwarzen Zahlen führen.

Ich bestehe auf diesen Budgetkurs, auch wenn wir gerade in Teilen Europas eine Diskussion über das Paradies auf Pump erleben. Den Wohlstand über neue Schulden erreichen zu wollen, ist der falsche Weg, wie Beispiele aus der Vergangenheit und Gegenwart zeigen.

Politische Verantwortung reicht nicht nur bis zum nächsten Wahltag. Man muss sie auch gegenüber den nächsten Generationen tragen!

Und daher möchte ich, bevor ich auf einzelne Ressorts eingehe, große strukturelle Probleme wenigstens ansprechen, die unseren Handlungsspielraum, unsere Gestaltungsmöglichkeiten und – am beklagenswertesten – unsere Zukunftsinvestitionen einschränken.

### **Strukturelle Probleme müssen beseitigt werden**

Unser Haushalt ist übermäßig durch Verpflichtungen belastet, die in der Vergangenheit eingegangen wurden und über Jahrzehnte hinweg Folgekosten verursachen, die nachgerade unvorstellbar sind. Sie sind nicht im nächsten Haushaltsjahr fällig, sondern müssen erst später bezahlt werden. Sie belasten also auch noch viele künftige Budgets und damit die nächsten Generationen.

Führen Sie sich dieses Volumen vor Augen:

Es wurden Verpflichtungen im Ausmaß von 140 Milliarden Euro eingegangen. Zum Beispiel Verpflichtungen für mehrjährige Förderprogramme, für mehrjährige Leistungsvereinbarungen, vertragliche Verpflichtungen oder Verpflichtungen für Infrastruktur-Investitionen. Das entspricht dem Auszahlungsvolumen von zwei Jahresbudgets.

Und dann sind Vereinbarungen zu berücksichtigen, bei denen sich künftige Generationen vielleicht fragen werden, ob ihnen damit nicht die Hände finanziell allzu sehr gefesselt wurden. Wie jene 42 Milliarden Euro, für die der Bund verpflichtet wurde, in die derzeit geplante Schieneninfrastruktur-Investitionen der ÖBB und ihre Finanzierung zu stecken – in Form von bis zu 50-jährigen Annuitätsraten. Und das alles noch zusätzlich zu dem jährlichen Zuschuss zu den ÖBB, der 2017 erstmals die Grenze von 5 Milliarden Euro übersteigen wird! Zählt man die für bereits erfolgte Investitionen eingegangenen Verpflichtungen dazu, was jeder Unternehmer zu tun gewohnt ist, ergeben sich sogar die im Ergebnishaushalt veranschlagten 8 ÖBB-Milliarden.

Wir müssen beim Eingehen langfristiger Verpflichtungen vorsichtiger werden. Wir nehmen sonst den nachfolgenden Generationen zu viel Entscheidungsfreiheit. Wir verhindern, dass sie budgetär ihre eigenen Prioritäten setzen können.

Darum geht es nämlich beim Erstellen des Budgets. Mein Grundsatz ist:

Die Prioritäten der Menschen sind unsere Prioritäten. Bei allen Notwendigkeiten investieren wir mit dem Budget 2017 gezielt in die Zukunft.

Unser oberstes Prinzip ist: Der Staat spart bei sich selbst.

Investiert wird dort, wo die Investitionen das Land weiterbringen und alle Bürgerinnen und Bürger davon profitieren.

Geben wir aber auch jenen Menschen die Chance, in Eigenverantwortung ohne bürokratische Hürden aktiv zu werden.

Und helfen wir jenen, die unsere Unterstützung brauchen.

Ich gehe jetzt beispielhaft auf die Untergliederungen ein. Die detaillierten Zahlen zu den einzelnen Budgetpositionen können Sie den Budgetunterlagen entnehmen.

Zu den größten Ängsten unserer Tage zählt die Befürchtung, im eigenen Land nicht mehr sicher zu sein. Deshalb investieren wir in die innere wie in die äußere Sicherheit - um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen und den Menschen ihr Unbehagen so weit wie möglich zu nehmen.

Wir stocken die Mittel für das Innenressort deshalb um 440 Millionen auf 3,47 Milliarden Euro auf. Da geht es um das Aufrechterhalten des hohen Niveaus der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Meine Damen und Herren!

Ich möchte an dieser Stelle den österreichischen Polizistinnen und Polizisten meinen besonderen Dank aussprechen, die durch ihr umsichtiges Vorgehen einen wesentlichen Beitrag zur eskalationsfreien Abwicklung der Migrantenströme geleistet haben.

Innere und äußere Sicherheit gehen Hand in Hand. Den Veränderungen der sicherheitspolitischen Herausforderungen - auch an unsere staatliche Souveränität tragen wir deshalb mit der Sicherheitsmilliarde Rechnung. Bis 2020 stehen der

Landesverteidigung 896 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Im kommenden Jahr verfügt das Ressort insgesamt über 2,32 Milliarden Euro.

Österreich bleibt mit diesen Investitionen ein sicheres Land.

Zur Bewältigung der Auswirkungen der Flüchtlingskrise stellen wir mit 83 Millionen Euro eine angemessene Assistenz- und Unterstützungsleistung sicher. Mit den aufgestockten Mitteln gewährleisten wir auch die unmittelbare Hilfestellung für die österreichische Bevölkerung im Katastrophenfall und den Schutz der kritischen Infrastruktur des Landes.

Das Budget 2017 erlaubt es aber unserem Heer auch, weiterhin seine international hoch angesehene Rolle bei der Friedenssicherung und bei humanitären Hilfeinsätzen zu erfüllen.

### **Das Budget setzt notwendige Schwerpunkte**

Meine Damen und Herren!

Viel stärker als je zuvor sind heute auch die Sicherung der außen-, sicherheits- und europapolitischen Interessen Österreichs und eine effiziente Integrationspolitik nötig. Es ist in unserem eigenen Interesse, vorzusorgen.

Als Gebot der Stunde haben wir die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit erhöht. Wir können sie 2017 um 17,1 Millionen auf 92,5 Millionen Euro anheben. Darüber hinaus stehen dem Auslandskatastrophenfonds, dessen Dotierung wir bereits 2016 von 5 auf 20 Millionen Euro erhöht haben, weiterhin diese 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Auch für die Beiträge an internationale Organisationen werden die Budgetmittel aufgestockt. Sie werden gegenüber dem heurigen Jahr um rund 39 Millionen auf 104,1 Millionen Euro erhöht. Das tun wir, um internationale Anstrengungen für friedenserhaltende Maßnahmen, die Menschenrechte und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt vor Ort, in den betroffenen Regionen, zu unterstützen.

Mit Beginn der Flüchtlingswelle 2015 haben wir eine Integrationsoffensive gestartet, die natürlich auch im Budget ihren Niederschlag findet. Insgesamt 250 Millionen Euro sind dafür eingetaktet. Diese Mittel fließen in erster Linie in Deutsch- und Wertekurse. Das Erlernen der deutschen Sprache ist die Basis für ein reibungsloses Miteinander und ein selbstbestimmtes und aktives Leben sowie die Fähigkeit zur Selbsterhaltung.

Österreich kann auf vieles stolz sein. Der Arbeitsmarkt allerdings muss uns Sorge bereiten. Jedes Jahr pumpen wir mehr Mittel in diesen Bereich. Und trotzdem haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit den 1950er Jahren. Mehr Geld für schlechtere Ergebnisse.

Wir haben dies in Zeiten einer Rekordbeschäftigung und einer hohen Anzahl unbesetzter – oder soll ich sagen: nicht besetzbarer – Stellen.

Der Bereich Arbeit ist für 2017 insgesamt mit 8,6 Milliarden Euro dotiert – das ist eine Ausweitung der Mittel um 543,2 Millionen Euro gegenüber dem laufenden Budgetjahr. Bis zu 350 Millionen Euro werden heuer für die Problemgruppen der älteren Arbeitnehmer, der Langzeitarbeitslosen, Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigten eingesetzt.

Sollten Sie jetzt den Eindruck haben, dass Sie sich in einer Zeitschleife befinden: Ja, Sie haben diesen Eindruck zu Recht. Mit einer jährlichen Neuauflage.

Natürlich stört mich unser Absacken im europäischen Ranking. Aber die Tatsache, dass wir immer mehr Arbeitslose zu einem immer höheren Preis einfach nur verwalten, ist noch viel bedenklicher. Für jeden einzelnen Betroffenen und für die Wirtschaft.

Ein sorgsamer Umgang mit Steuergeldern sieht anders aus. Daher haben wir begonnen, die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ihre Wirkung zu überprüfen und neue Maßnahmen entwickelt, die die Arbeitslosigkeit effektiver bekämpfen und Wiedereingliederung in die Arbeitswelt ermöglichen.

Wir müssen genau wissen, wohin die Steuermittel hinfließen. Wir müssen wissen, warum sie von einem zum anderen Jahr wachsen, ohne positive Ergebnisse zu bringen. Es braucht Mut zur Ehrlichkeit, denn es geht hier um Menschen und nicht um statistische Nummern.

Ich habe vorhin von der Einschränkung der Gestaltungsfreiheit gesprochen. Ein Bereich, der uns schon jetzt die Beweglichkeit nimmt und immer stärker zu nehmen droht, ist der Bereich der Pensionen. Aus dem Budget wird bereits jeder vierte Euro für Pensionen ausgegeben – Tendenz steigend!

Jeder siebente Euro geht in die gesetzliche Pensionsversicherung. Im Jahr 2017 sind das 10,68 Milliarden Euro allein für den Zuschuss für die allgemeine Pensionsversicherung. Der Rückgang gegenüber dem Jahr 2016 beträgt zwar gut 90 Millionen Euro. Das ist positiv. Dennoch steigt der staatliche Zuschuss weiter und wird 2020 bei 13,3 Milliarden Euro liegen. Das sind um 3,1 Milliarden Euro mehr als der Wert aus dem Jahr 2015. Daher sind diese leichten Verbesserungen nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Daraus zu schließen, dass wir keinen weiteren Verbesserungsbedarf haben, würde ich als zukunftsvergessen bezeichnen.

Ja, wir nähern uns langsam dem faktischen Pensionsantrittsalter, das wir 1972 hatten. Aber beileibe noch nicht dem gesetzlichen.

Und wir nähern uns auch der Zeit, in der immer weniger junge, im Erwerbsleben stehende Menschen, immer mehr und Gott sei Dank immer gesündere und langlebigere Pensionistinnen und Pensionisten erhalten müssen. Waren die Menschen in Österreich im Jahr 1971 durchschnittlich 8 Jahre in Pension, betrug dieser Zeitraum 1991 bereits 15 Jahre und 2011 sogar 22 Jahre. Und die Verweildauer in der Pension wird bei praktisch gleichbleibendem Antrittsalter weiter ansteigen.

Der Reformdruck ist und bleibt somit groß.

Wir haben schon deshalb die Pflicht weitere Schritten zu setzen, weil das gesamte Bildungsbudget des Bundes mit 8,65 Milliarden Euro kleiner ist, als dieser Pensionszuschuss, der manche nicht mehr beunruhigt.

Jeden neunten Euro, grob gesprochen, investieren wir 2017 in die schulische Zukunft unserer Kinder. Diese Zahlen werden sich noch verbessern da, wie Sie wissen, auch ein Großteil der Abschlagszahlung der Banken in den Bereich der schulischen Ganztagsbetreuung fließen wird. Allerdings haben wir auch hier großen Reformbedarf, der weit über die derzeit in Umsetzung befindliche Bildungsreform hinausgeht.



Experten sagen mir, dass von jedem Euro, den wir in die Bildung stecken, nur 50 Cent im Klassenzimmer ankommen. Und niemand weiß, warum! Gehen wir dem nach - Die OECD-Studie zeigt zum Beispiel klar auf: Österreich weist überdurchschnittlich hohe Kosten pro Schüler auf, wir liegen hier 25-50 Prozent über dem EU-Schnitt, und es gibt eine sehr niedrige Schüler-Lehrer Relation. Während in Österreich 12 Schüler auf einen Lehrer kommen, sind es im EU-Schnitt 14 Schüler pro Lehrer, im OECD-Schnitt gar 15 Schüler pro Lehrer. Zur Effizienzsteigerung im Bildungssystem empfehlen sich unter anderem eine Flexibilisierung der Klassenschülerhöchstzahl und eine Reduktion des Team Teaching - da es keine messbaren Erfolge aufweisen kann.

Wir müssen tatsächlich besser werden. Das ist unsere Pflicht gegenüber unseren Jüngsten.

Eine substantielle Erhöhung erfährt im Budget 2017 sowohl der Bereich der Universitäten mit 210 Millionen Euro, als auch jener der Grundlagenforschung, der 100 Millionen Euro an Zusatzmitteln bekommt, um nur zwei Verbesserungen im Budget für Wissenschaft und Forschung zu nennen, das 2017 insgesamt 4,3 Milliarden Euro ausmacht. Wir können damit die Forschungsquote konstant über 3 Prozent des BIP halten.

Gerade dieser Bereich zeigt, dass nicht alle Zukunfts-Incentives auf mehr Budget basieren: Internationale Fachkräfte aus Wissenschaft und Forschung nach Österreich zu bringen, ist ein Gewinn, der durch eine Erleichterung des Zuzugs ermöglicht wird.

Innovation geschieht natürlich nicht nur in der akademischen Welt. 530 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt werden in die angewandte Forschungsförderung investiert. Wir treiben auch den österreichweiten Ausbau des Breitbandinternets mit weiteren 110 Millionen Euro voran – was sich im Vergleich zu unseren bereits genannten Investitionen in die Schieneninfrastruktur lächerlich wenig ausnimmt.

Interessanterweise habe ich kürzlich gelesen, dass die europäischen Regierungen ihre Investitionen vernachlässigen würden - von Kaputtsparen war die Rede. Also: Österreich kann man hier nicht gemeint haben. Denn allein die Infrastruktur-

Investitionen steigen bis nächstes Jahr um rund 800 Millionen Euro, und die öffentlichen Investitionen sind stabil bei 3 Prozent.

Innovativ und jung sind die Firmengründerinnen und -gründer, für die wir im Rahmen unserer Start up-Initiative ein Fördermodell für Lohnnebenkosten von 100 Millionen Euro sowie eine Risikokapitalprämie für Investoren von 45 Millionen Euro bereitstellen.

Wobei wir den Risikokapitalmarkt mit 200 Millionen Euro öffentlichem Risikokapital für diese jungen und innovativen Unternehmen schon vor dieser Initiative konsequent mobilisiert haben. Mit Erfolg: Pro 1 Euro Steuergeld wurden bis zu 3 Euro Risikokapital generiert. Wir konnten damit eine strategische Schwäche Österreichs nachhaltig ausmerzen, was sich im Erfolg der Gründerinnen und Gründer und im Arbeitsplatzangebot niederschlägt.

Damit stärken wir den Mut zum Unternehmertum. Denn eines wissen wir hier alle: Politiker schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz, es sind die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land. Wir als Politiker können und müssen für unsere Unternehmen die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen.

### **Der Erfolg des Standorts Österreich hat viele Väter**

Ein Asset ist – für viele sicher unerwartet – auch unser Rechtssystem mit seinen unabhängigen Expertinnen und Experten. Wir konnten der Justiz in diesem Budget 1,4 Milliarden Euro zuweisen.

Auch die Lebensqualität wird häufig als österreichische Besonderheit gesehen. Der Bereich Landwirtschaft ist 2017 mit 2,1 Milliarden Euro und der Bereich Umwelt mit mehr als einer halben Milliarde Euro dotiert. Gerade in der aktuellen Situation, in der unsere Bäuerinnen und Bauern das fünfte Mal in Folge Einkommensverluste hinnehmen mussten, ist es wichtig, sie zu unterstützen. Die hohe Lebensmittelqualität, die uns unsere Bäuerinnen und Bauern sichern, und ihre entscheidende Rolle bei der Pflege unserer Landschaft muss uns das wert sein. Immerhin jeder fünfte Arbeitsplatz im vor- und nachgelagerten Bereich ist von einem

Bauernhof abhängig. Österreich darf in diesem Bereich auch weiterhin keinen Cent liegen lassen, der in Brüssel für die Landwirtschaft abzuholen ist!

Der Klimavertrag von Paris markiert einen historischen Durchbruch in der internationalen Klimapolitik. Österreich ist vorne mit dabei, wir waren einer der ersten drei Staaten in Europa, die Paris ratifiziert haben. Der Klimawandel ist längst Realität und er betrifft uns alle. Wir müssen in den nächsten Jahren Maßnahmen setzen. Das Ziel ist klar: keine Emissionen, die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Natürlich stellt der Klimaschutz auch für Österreich eine besondere Herausforderung dar. Im Sinne des historischen Weltklimavertrages werden wir dafür Vorkehrungen zu treffen haben. Ziel ist es, dies bei der Erstellung des nächsten Bundesfinanzrahmens zu berücksichtigen.

Ein weiterer österreichischer Standortvorteil ist natürlich unsere reiche Kunst- und Kulturlandschaft. Wir veranschlagen für das kommende Jahr eine halbe Milliarde Euro für diesen Bereich.

Unser hervorragendes Gesundheitssystem produziert freilich auch die höchsten Kosten – auch wenn diese sich nicht im Bundesbudget niederschlagen. Hier kommen wir für den Bereich Gesundheit und Frauen mit 1,06 Milliarden Euro aus.

6,9 Milliarden Euro stehen dem Familienministerium im kommenden Jahr zur Verfügung. Österreich ist ein familienfreundliches Land – und wir sollten auch froh sein, wenn wir etwas für unsere Kinder tun können. Das ist Zukunftsinvestition!

### **Wir brauchen eine klare Linie**

Meine Damen und Herren!

Wenn ich mir als Finanzminister etwas wünschen dürfte, dann eine gemeinsame Politik der Bundesregierung, einen Leitsatz, der zum Leitgedanken wird:

Wir kommen ohne neue Schulden aus.

Dafür muss nicht alles anders, aber vieles besser werden.

Dafür reicht schon ein Handeln nach dem Gedanken, dass alles transparenter, einfacher und aufgabenorientierter werden kann und muss. Und es reicht, wenn wir

uns an privaten Haushalten orientieren: Jeder, der ein Haus baut, will seine Schulden so bald wie möglich zurückzahlen, denn er will seinen Kindern einmal das Haus vererben, aber sicher nicht seine Schulden.

Wir müssen endlich die bereits bekannten Konzepte umsetzen, die Mut und Zuversicht auch für die nächsten Generationen erzeugen und die Zukunft absichern. Und dafür brauchen wir rasche Anpassungen und Änderungen: Ich fordere alle hier Anwesenden auf, an dieser Veränderung mitzuwirken und nicht zu blockieren. Und wir brauchen eine Aufgaben- und Bundesstaatsreform, die Doppelgleisigkeiten vermeidet und schlankeres, effizienteres Agieren zulässt. Eine Reform, die nicht eine aufgeheizte Diskussion über zentral oder föderal ist, sondern die Aufgaben dort zuordnet, wo sie am effizientesten und am bürgernächsten erledigt werden können.

Es darf nur zählen, was gut für den Standort und seine Bürgerinnen und Bürger ist, und nicht, was irgendeiner Klientel nützt.

Ein New Deal kann nicht mit altem Kuhhandel betrieben werden!

Es reicht, sich von den alten, ausgetretenen Pfaden zu verabschieden.

Rezepte der Vergangenheit, die nicht mehr ins 21. Jahrhundert passen, gehören über Bord geworfen. In vielen Bereichen des Staates habe ich das Gefühl, dass wir überhaupt erst die Gegenwart einholen müssen, während die Menschen aber längst angekommen sind und deshalb die Politik zu Recht für ihr Nicht-Handeln kritisieren. Man kann mit vielen Worten über einen großen Reformwurf reden. Damit überwindet man aber noch keinen Stillstand.

Als Politiker haben wir die Verpflichtung, für notwendige Veränderung zu sorgen. Nicht durch Riesenreformen, sondern in beharrlichen, logisch aneinandergereihten Schritten.

Ich praktiziere diese andere Gangart in der Budgetpolitik:

Es gibt in unserem Staatsgefüge sehr viele Löcher, in denen Geld versickert. Nicht aus bösem Willen, nicht aus mangelnder Sachkenntnis, nicht aus Schlamperei. Oft aus Gewohnheit, aus dem Nicht-Hinterfragen von scheinbaren Fakten. Diese Löcher dingfest zu machen, ist ein Gebot der Sparsamkeit.

Dann werden wir unseren Kindern viel bieten können, auch in einer Zeit der knapperen Mittel.

Denn Sparsamkeit ist immer noch die beste Einnahmenquelle des Finanzministers.

Wir müssen uns auch mehr an den Beispielen von Best Practice orientieren, die wir in anderen Ländern vorfinden. Und zwar nicht nur an solchen, die uns ideologisch ins Bild passen, sondern auch an solchen, die uns vielleicht unbequem sind – die aber das Wichtigste garantieren: das Beste für die Menschen in unserem Land.

Statt großer Reformen, würde einfach ein neues Denken, ein anderes Denken helfen. Weg von den altgewohnten geistigen Trampelpfaden, hin zu frischen Denkansätzen.

Es gibt aber zwei Dinge, die wir sicher nicht brauchen: Neue Steuern und neue Schulden. George Washington hat gesagt: Neue Schulden zu machen, ist nicht die feine Art, die alten Schulden auszugleichen.

Interessanterweise erleben wir gerade eine künstliche Wiederbelebung der alten Debatte, ob es für einen Staat besser ist, zu sparen oder über Milliarden auf Pump zu investieren. Sich einen Polster anzulegen und zu sparen, bevor man sich etwas leistet, ist für einen durchschnittlichen Österreicher ganz normal. Das muss auch für den Staat normal werden. Seit Jahrzehnten haben wir es verabsäumt, in guten Zeiten zu sparen, damit wir in schlechten Zeiten einen Polster haben.

### **Zukunft anders gestalten**

Aber es geht auch anders. Wir müssen es nur wollen - und tun.

Nämlich: Nachhaltiger, zukunftsbewusster und zielführender handeln.

Stärken wir die Eigenverantwortung bei jenen, die das zu leisten im Stande sind.

Leistung muss wieder etwas werden, was man erbringt, und nicht etwas, was man bekommt.

Stellen wir uns die Frage, was der Staat überhaupt leisten soll.

Fördern wir wieder Kreativität, Erfindergeist und Innovationen.

Überprüfen wir unsere historisch gewachsenen Abläufe und den Bundesstaat.

Schaffen wir den Unternehmen endlich unnötige Bürokratie vom Hals.

Reden wir über die Treffgenauigkeit des Sozialstaates und verabschieden wir uns vom Gießkannenprinzip.

Fördern wir Eigeninitiative statt den Vollkaskostaat weiterzuentwickeln.

Wenn wir das tun, dann können wir den Staatshaushalt gesundsparen und gleichzeitig als Staat auch gezielt investieren.

Wir haben uns auf einen beschwerlichen Weg gemacht. Auf diesem Weg müssen wir beharrlich weitergehen, um zum Erfolg zu kommen.

Mein Plan für Österreich für das kommende Jahr ist daher ein Programm, das private Investitionen stimuliert und fördert:

- Weg mit der kalten Progression, zeigen wir ihr die kalte Schulter, für ein gerechtes Österreich!
- Machen wir die Schuldenbremse zum Motor eines modernen Staates!
- Nutzen wir die Ausgabenanalyse als Werkzeug für ein effizienteres Österreich!

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Ihre Steuerleistungen sind ein Vertrauensvorschuss. Vertrauen in ein Land, das funktioniert - nicht nur heute, sondern auch morgen.

Denn ein Budget ist kein Selbstzweck des Finanzministers. Ein Budget ist die Basis, der Boden, auf dem wir säen, damit wir ernten können.

Denken wir also um, machen wir uns frei von starren, interessengesteuerten Denkmustern und seien wir offen für Neues! Machen wir das Beste für Österreich. Das Beste für unsere Kinder und Enkelkinder.

Machen wir das, von dem Österreich schon in der Vergangenheit bewiesen hat, dass es gut darin ist: Bauen wir uns eine bessere Zukunft.

Lassen wir guten Ideen den Vortritt und begraben wir endlich die alten Hemmschuhe.

Viel ist noch zu tun. Ich bin bereit dazu.